ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Goldschmidt, Nils

Article — Published Version

Soziale Marktwirtschaft in der Sinnkrise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Goldschmidt, Nils (2008) : Soziale Marktwirtschaft in der Sinnkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 88, Iss. 7, pp. 422-423, https://doi.org/10.1007/s10273-008-0813-7

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/43088

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DOI: 10.1007/s10273-008-0813-7

Soziale Marktwirtschaft in der Sinnkrise

Nils Goldschmidt

Die jüngsten Umfrageergebnisse zur Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft sind alarmierend: Nur noch 31% der Bevölkerung haben von der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eine gute Meinung und nur 13% halten die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik für gerecht – so die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, der Heinz Nixdorf Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung. 60 Jahre nach ihrem Beginn scheint die Soziale Marktwirtschaft in einer tiefen Sinnkrise zu stecken: Ist eine Wirtschaftsordnung, die von drei Vierteln aller Bürger als ungerecht empfunden wird, mit dem Adjektiv „sozial“ noch passend beschrieben?

Versucht man die Gründe für diesen zunehmenden Vertrauensverlust in die Soziale Marktwirtschaft näher zu ergründen, der zugleich ihre Berechtigung oder zumindest ihre aktuelle Ausgestaltung in Zweifel zieht, hilft eine Überlegung, die der Freiburger Ordnungsökonom Viktor Vanberg als das „Paradoxon der Marktwirtschaft“ bezeichnet hat. Danach stimmt zwar die empirische Beobachtung, dass die Soziale Marktwirtschaft von den Bürgern vielfach als ungerecht empfunden wird, ihre Effizienz und Produktivität – gerade in Abgrenzung auch zu planwirtschaftlichen Modellen – wird aber auch in Umfragen keinesfalls in Zweifel gezogen. Oder anders formuliert: Die Marktwirtschaft ist zwar unter allen bekannten Wirtschaftsordnungen die bei weitem produktivste und wird als solche auch von den Menschen anerkannt, bleibt aber dennoch ungeliebt. Erklärbar wird dieser Widerspruch wohl am ehesten dadurch, dass Menschen zumeist die konkreten Ergebnisse – und im Zweifel diejenigen, die sie selbst betreffen – als Maßstab zur Beurteilung der Wirtschaftsordnung heranziehen und nicht so sehr die allgemeinen Regeln und Verfahren, die der Wirtschaftsordnung zugrunde liegen. Hingegen war es aber gerade die Einsicht der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, dass es sowohl effizienter wie auch fairer ist, die Gestaltung allgemeiner und gerechter Regeln für das Wirtschaftsleben zu realisieren anstatt eine nachträgliche interventionistische Änderung des Marktergebnisses zu befördern. In Analogie zum Fußballspiel hat es Ludwig Erhard in seinem Beststeller „Wohlstand für alle“ treffend formuliert: „Das Fußballspiel folgt bestimmten Regeln, und diese stehen von vornherein fest. Was ich mit einer marktwirtschaftlichen Politik anstrebe, das ist … die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufzustellen.“

Nun kann man darüber spekulieren, warum diese eigentlich so offensichtliche Einsicht, dass es sinnvoller ist, gesellschaftlich wünschenswerte Regeln für Marktprozesse aufzufinden und rechtlich durchzusetzen, als im Einzelfall diskretionär einzugreifen (und damit letztlich den Marktmechanismus selbst auszuhebeln), in der individuellen Beurteilung der Wirtschaftsordnung eine so geringe Rolle spielt. Mit Friedrich A. von Hayek kann man hier einen kulturell bedingten Kategorienfehler vermuten. Hayek argumentiert – und diese Sicht wird durch aktuelle Forschungen der Sozialpsychologie gestützt –, dass Menschen nicht selten Gerechtigkeitsprinzipien aus ihnen vertrauten Situationen (z.B. der Familie oder des näheren Umfeldes) auf Situationen übertragen, auf die sie nicht adäquat angewendet werden können: Das anonyme Zusammenspiel der einzelnen Marktakteure im Wettbewerbsprozess kann eben nicht mit den Moralvorstellungen, wie sie uns in kleinen Gruppen „face-to-face“ begegnen (Hayek spricht hier von der „Moral der kleinen Horde“), gesteuert werden – auch wenn wir uns dies wünschen würden. Ob daraus dann aber abzuleiten ist, dass die Forderung

nach „sozialer Gerechtigkeit“ (im Sinne individueller Moralvorstellungen) einen zu überwindenden Anachronismus darstellt – wie Hayek vermutete – bliebe zu diskutieren. Vielleicht ist es gerade ein Grundzug moderner Gesellschaften, dass diese Spannung zwischen der erlebten „Kleingruppenmoral“ und insbesondere den systemischen Zwängen marktlicher Prozesse der „offenen Gesellschaft“ (Popper) immer wieder Konflikte hervorbringen wird.

Doch wäre es zu wenig, die Ursache für die Sinnkrise der Sozialen Marktwirtschaft lediglich als individuellen Kategorienfehler in der Anwendung von Gerechtigkeitsprinzipien abzutun. So wichtig es ist, auch wissenschaftlich immer wieder darauf hinzuweisen, dass moderne Marktgesellschaften eben nicht durch individualethische Appelle zu steuern sind, sondern einer sozialethisch begründeten Struktur bedürfen (eine Einsicht, die man auch bei aller berechtigten Kritik am Fehlverhalten einzelner Manager im Blick behalten sollte), so sind die Ursachen für den Vertrauensverlust in die Soziale Marktwirtschaft wohl auch noch anders gelagert.Soziale Marktwirtschaft war immer mehr als nur ein Modell zur Organisation wirtschaftlicher Prozesse. Sie bedeutete zugleich immer auch Gesellschaftspolitik „jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Röpke). Der Markt war dabei lediglich ein, wenn auch unentbehrliches Mittel zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele. Diese Sicht der Dinge hat in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund geringer werdender politischer Gestaltungsräume in einer globalisierten Wirtschaftswelt zu „ordnungspolitischen Frustrationen“ geführt. Politik erfährt sich immer weniger als Gestalter, sondern mehr und mehr als Korrekturbetrieb eines weltweiten Marktes (wie die momentane Debatte um die Energiepreise eindrucksvoll und ernüchternd belegt). Kann man es den Bürgern dann verdenken, dass sie zur Realisierung von Gerechtigkeit von einem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft nur wenig erwarten, wenn auch die Politik kaum Gestaltungsmöglichkeiten hat?

Hier ist eine Wende im Denken gefordert: Trotz der unübersehbaren Schwierigkeiten der Regelsetzung in einer globalisierten Welt liegt die bleibende politische Aufgabe darin, dass der Staat – vermehrt auch mittels supranationaler Strukturen – dem ökonomischen System Bedingungen seiner Funktionsweise setzt. Nationalstaatlich kommt dabei einer an Teilhabe orientierten qualitativen Sozialpolitik entscheidende Bedeutung zu. Es geht darum, dass jeder und jede die Chance erhält, seine Fähigkeiten in Markt und Gesellschaft einzubringen. Die Befähigung durch Ausbildung, politische Bildung und die Integration in das soziale Gefüge sind die vordringlichen Aufgaben der zukünftigen Sozialpolitik.

Doch nicht nur die Politik ist gefordert, dem Vertrauensverlust in die Soziale Marktwirtschaft entgegenzuwirken, sondern auch die Wissenschaft. Eine ökonomische Theorie, die sich im Wesentlichen als eine hochspezialisierte und formalisierte Wissenschaft versteht, läuft Gefahr, die eigentliche Aufgabe wirtschaftswissenschaftlichen Denkens aus dem Auge zu verlieren: Die Analyse und Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse, um so eine dem Menschen dienliche „funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung“ (Eucken) zu ermöglichen. Folglich ist das erste Kriterium der Wirtschaftspolitik nicht Effizienz, sondern Gerechtigkeit – ein Maßstab der aber eben nicht formal abstrakt, sondern nur sozialwissenschaftlich erarbeitet werden kann. Die lange vernachlässigte Förderung wirtschafts- und ordnungspolitischer Kompetenz in Studium und Forschung wird wohl von ökonomischer Seite die wichtigste Aufgabe sein, um sich dem wachsenden Vertrauensverlust in die Soziale Marktwirtschaft argumentativ entgegen stellen zu können.

Nils Goldschmidt hat eine Vertretungsprofessur für Sozialpolitik und Organisation Sozialer Dienstleistungen an der Universität der Bundeswehr München
nils.goldschmidt@unibw.de